

Kandidaten-Kür

Nicht-öffentlich gefällt, aber öffentlich inszeniert

von Karl-Rudolf Korte

»Kurt Becks Machtanstieg ist ein Lehrstück des Autoritätsverfalls in der Politik.«

Die Nominierung der Präsidentschaftskandidaten in den USA ist ein öffentliches und innerparteiliches Mobilisierungsfest. Ihm sind offizielle und parteiöffentliche Vorwahlen vorausgegangen. In parlamentarischen Demokratien laufen solche Prozesse deutlich anders ab. In Parteiendemokratien folgen die Auswahlprozesse der Spitzenkandidaten einer anderen Rationalität. Zwar favorisieren auch die Parteien in Deutschland öffentliche Inszenierungen, doch die vorausgehenden Auswahlprozesse des Personals sind viel weniger öffentlich als in Präsidentschaftsdemokratien. Für die Wähler sind der Parteivorsitzende und der Kanzlerkandidat besonders sichtbar. Idealerweise vereint eine Partei beide Positionen, was aber keineswegs der Regelfall sein muss. Erich Ollenhauer war derjenige Parteivorsitzende der SPD, dem man als ersten nach zwei verlorenen Wahlen gegen Adenauer klar machen musste, dass man ihn nicht ein drittes Mal als Spitzenkandidat in den Bundestagswahlkampf schicken wollte.

Kanzlerkandidaturen sind hohe Ehrenämter. Im Grundgesetz existiert dieses Amt nicht. Willy Brandt war 1961 der erste auch so titulierte Kanzlerkandidat einer Partei – in Analogie zu den US-Präsidentschaftskandidaten. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gibt es jedoch kein zweites Amt, das so chancenlos war. Die unterstellte Attraktivität dieses Ehren-Spitzenamtes

hatte zwar Mobilisierungspotential in Wahlkämpfen, allerdings von sehr begrenzter Wirkung. Da die Kanzlerkandidatur kein formelles Amt ist, kennen die Parteien auch kein formalisiertes Verfahren der Kür. Zumeist fällt die Entscheidung situationsabhängig in der Machtkonstellation zwischen Parteivorsitz und Bundestagsfraktion in einem ganz kleinen Kreis. Sicher ist dabei nur, dass diese Entscheidung nicht-öffentlich gefällt wird, bevor sie dann öffentlich inszeniert wird.

In der SPD bleibt die Nominierung des Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahlen 2009 sicher in traumatischer Erinnerung. Denn sie wird mit dem spektakulären Rücktritt des Parteivorsitzenden Beck verbunden, der zeitgleich aufgab. Kurt Beck hat anschließend mit seiner Enthüllungs-Pressekonferenz in Mainz eine detaillierte Chronik seines Machtanstiegs geliefert. Es ist ein Lehrstück des Autoritätsverfalls in der Politik. Politische Macht ist nicht statisch und nicht aus Organigrammen ableitbar. Sie ist immer relativ und von der konkreten politischen Lage abhängig. Das filigrane Machtmobile der SPD-Spitze war aus der Sicht von Beck in der Nacht von Samstag auf Sonntag dramatisch in Bewegung geraten. Durch Vorabberichte in den Print-Medien entstand für ihn der Eindruck, dass er von Position 1 auf Position 3 an der Spitze der SPD – hinter Steinmeier und Müntefering – gerutscht

»In einem politischen Machtmobile sind die Opfer immer auch Täter.«

war. Der faktischen Realität entsprach dies allerdings nicht. Denn die drei hatten sich zwei Tage zuvor in Bonn auf eine arbeitsteilige Aufgabenverteilung verständigt. Doch die Wahrnehmung der politischen Realität hatte sich für Beck durch die Vorabdrucke verändert. In diesem Wahrnehmungs-Szenario konnte nicht er als Vorsitzender den Kandidaten vorschlagen, sondern musste zum Verzicht auf die eigene Kanzlerkandidatur gedrängt werden. Durch die neue Wahrnehmung änderte sich innerhalb weniger Minuten für den Profi Beck auch die politische Lage. Seine Macht war für ihn nicht mehr erkennbar, er hatte sie verloren – nicht nur an Steinmeier, sondern auch an seinen alten Rivalen Müntefering. Der brauchte nur abzuwarten, Mehrheiten im Hintergrund zu organisieren und im richtigen Moment zur Verfügung zu stehen – als letzte Rettung.

Die Macht der Inszenierung

Wir kennen nicht das personale Tableau und weitere Details dieser tragischen Nacht. Doch das Muster von politischer Macht wird analytisch klar sichtbar. Erst ändert sich die aufbereitete und gefilterte Wahrnehmung, dann die Lageeinschätzung, danach die politische Realität. Wer dafür kein Sensorium entwickelt, wird nie politischer Spitzenakteur. Machtabstiege gehen häufig mit gezielten Intrigen einher. Sie sind als bewusste Indiskretion schon immer ein Kommunikationsinstrument. Doch die Anwendungsfälle sind in der Berliner Republik reichhaltig. Beck sollte durch die veröffentlichte Falschdarstellung der Absprachen zermürbt werden, was auch glückte. Die vertrauliche Informalität

der Vorabstimmungen wurde missachtet und der Tenor falsch wiedergegeben. Unsere Demokratie steht unter enormem Kommunikationsstress mit einem neuen Opfer an der Spitze der SPD. Doch in einem politischen Machtmobile sind die Opfer immer auch Täter.


Das gilt auch für die Kandidaten-Kür in anderen Parteien. Da es keine formellen Regelungen gibt, liegt über all diesen Auswahlprozessen der diskrete Charme von Anarchie. Angela Merkel verzichtete 2002 bei ihrem legendären Frühstück bei Familie Stoiber auf ihre Kandidatur, um sich gleichzeitig den Fraktionsvorsitz im Bundestag zu sichern. Schröder nutzte die Landtagswahl in Niedersachsen, um Lafontaine als potentiellen Kandidaten für 1998 aus dem Ring zu werfen.

Solche Auswahlprozesse sind in den USA durch die Vorwahlen wesentlich plebiszitärer angelegt, allerdings um den Preis der klaren Außensteuerung der Parteien bei gleichzeitig geringen innerparteilichen Mitwirkungsmöglichkeiten. Die Parteitage zur Nominierung der Kandidaten sind Vollzugsorgane anderswo gefallener Entscheidungen. Sie haben Statistenrollen übernommen. Man könnte in Analogie zum Rede- und Arbeitsparlament von Rede-Parteitag in den USA und Arbeitsparteitag in Deutschland sprechen. Zumindest gilt dies für normale Parteitage. Die SPD nutzt die notwendig gewordene außerordentliche Neuwahl eines Parteivorsitzenden auf einem Sonderparteitag zur Kür des Kanzlerkandidaten. Solche Krönungsmessen kommen dennoch, trotz großer Inszenierungskünste, nicht annähernd an den Glanz und Glamour von US-Conventions heran. Für die Mobilisierungsfunktion gegenüber den

Wählern hat das keine Nachteile. Denn die Wähler kennzeichnet zwar auch in Deutschland eine wachsende Sehnsucht nach Charisma – aber nicht um den Preis von klaren Programmvorstellungen und Problemlösungskompetenzen.



Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen

 Uns interessiert Ihre Meinung!
Diskutieren und kommentieren Sie diesen Artikel auf: www.berlinpolis.de